

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Weg des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 5.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum mit Mk. 1.50, die Restzeile mit Mk. 3.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäcker'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 28

Nastätten, Dienstag, den 7. März 1922

45. Jahrgang

Was gibt es Neues?

Nach englischen Meldungen soll die alliierte Marinekontrolle in Deutschland im Laufe dieses Monats zurückgezogen werden.

In Fiume haben sich italienische Faschisten nach kurzem, blutigem Kampf der Regierung bemächtigt und den Gouverneur gefangen genommen.

Das polnische Kabinett hat wegen des Scheiterns der Annexionsverhandlungen mit den Bilmeyer Vertretern seine Demission eingereicht.

Nach dem letzten Ausweis der Reichsbank ist der Umlauf an papiernen Zahlungsmitteln auf über 128 Milliarden Mark angewachsen.

Das englische Kabinett hat sich in seiner Gesamtheit für Lloyd George ausgesprochen.

Die Genua-Konferenz wird höchstwahrscheinlich bis auf den 25. April, vielleicht sogar noch bis zu einem späteren Termin verschoben werden.

In diesem Sommer soll in Moskau eine deutsche Industrie-Ausstellung stattfinden.

Englands Arbeiter.

Die Theorien der modernen Arbeiterbewegung haben auf den englischen Arbeiter verhältnismäßig wenig abgefärbt, er ist im Grunde seines Wesens der praktische Geschäftsmann geblieben, der er immer gewesen ist. Wenn die britische Streikgeschichte die umfangreichste in Europa ist, so beweist das gerade, daß die englische Fabrikbevölkerung auf dem Boden der Gegenwart steht und die phantastische Zukunft bei ihr wenig Verständnis findet. Auch internationale Sympathiegebungen sind dem eigenen Nutzen stets untergeordnet worden. Immerhin besteht ein nicht geringer Gegensatz zwischen den breiten Volksmassen und den bevorzugten, stark aristokratischen Kreisen, aus welchen sich bisher die Mitglieder der Londoner Regierung rekrutierten. Der Einfluß der Arbeiter hat nach und nach gewachsen, und dadurch das politische Leben in England demokratisiert worden. Bei den Vertretern der alten politischen Parteien besteht heute tatsächlich einige Neuerung, daß die Arbeiter durch die nächsten Parlamentswahlen einen stärkeren Einfluß auf die Regierung gewinnen könnten, als es bisher für möglich gehalten ist.

Es wird gesagt, daß auch Lloyd George von einem Unbehagen wegen dieser Möglichkeit nicht frei sei. Er ist derjenige englische Staatsmann, der in den letzten Jahren vor dem Kriege am meisten dazu beigetragen hat, den Einfluß der Arbeiter gegenüber den aristokratischen Politikern zu heben. Dadurch ist er selbst in den Vordergrund gerückt worden, seine große Popularität in ganz England bezeugte sich durch den Spitznamen „Little David“, unter dem er überall bekannt ist. Im Weltkrieg, den er nicht mit den Arbeitern allein führen konnte, hat er dann seinen Frieden mit den politischen Parteiführern der alten Tradition gemacht und hat auch erwartet, daß die Arbeiter ihm weiter treue Gefolgschaft leisten würden. Sie haben ihm auch trotz mannigfacher Differenzen, z. B. bei dem letzten Kohlenstreik, viel Anhänglichkeit bewahrt, aber so wie vor 12 Jahren ist es nicht mehr. Die große Arbeitslosigkeit in England hat den Arbeitern die Augen darüber geöffnet, daß eine Politik, die auf einem Marschieren Arm in Arm mit den wahren Arbeiter-Interessen sich nicht miteinander vertragen wollen.

Auf die von Zeit zu Zeit aus London kommenden Mutmaßungen, daß die Letzte Stunde von Lloyd Georges Herrlichkeit als Premierminister vielleicht bald schlagen und dann ein anderes politisches Regiment eintreten könnte, ist wohl nicht allzu viel zu geben, aber die englische Geschichte hat auch für solche Überraschungen bereits Beispiele gegeben. Vor hundert Jahren konnte sich der Herzog von Wellington, der Sieger von Waterloo, der eine beispiellose Popularität in England genoss, als Premierminister doch nicht halten. Und so werden Auslassungen laut, daß Lloyd George die Arbeitslosigkeit und sonstigen Schwierigkeiten Frankreich zu Liebe doch nicht auf die lange Bank schieben dürfe, wenn sich die Zustimmung der Arbeiter nicht sehr bedenklich stellen soll.

Wir haben in den englischen Arbeitern ganz gewiß keine ausgesprochenen Freunde Deutschlands, denn unsere industrielle Ueberlegenheit in mancherlei Branchen ist ihnen nicht unbekannt und ist ihnen unlieb. Die meisten britischen Arbeiter denken wohl sogar, daß wir unser Schicksal verdient haben. Aber daß die Nachkriegszeit ihnen wenig oder gar nichts von dem bringt, was ihnen im Kriege vorausgesagt ist, daß wohl ihnen selbstverständlich ganz und gar nicht, und wenn sie klar erkennen werden, daß Politik des Zwanges und der Unruhe ihnen den Brotkorb höher und höher hängt, dann werden sie zu überlegen beginnen, ob nicht „Little David“ mehr Energie zeigen muß, als er bisher hat aufbringen können.

Lloyd George-Krisis?

Bevorstehende Vertrauensfrage Lloyd Georges?

Die politische Lage der englischen Regierung ist in der letzten Zeit sehr unsicher geworden. Vor einigen Tagen richtete Lloyd George einen von der Presse sehr beachteten Brief an Chamberlain, den Führer der Konservativen, in dem der Premier sich sehr über das Verhalten dieser Koalitionspartei ihm gegenüber beschwerte. Die Londoner Blätter bezogen diesen Brief als direkten Vorboten einer Krise. Lloyd Georges Einfluß im Unterhaus sei in der letzten Zeit tatsächlich stark gesunken. Es wird ihm vorgeworfen, daß sich seine Politik in keiner Beziehung mit irgend einem Programm einer Partei decke. Die Konservativen, die ihm schon lange seine entgegenkommende Haltung in der irischen Frage zum Vorwurf gemacht haben, sind wegen der Aufhebung des Protektorsates über Ägypten gereizt. Die Zeitungen betonen, daß die Dinge augenblicklich ziemlich unheilbar seien. Dazu kommt, daß sich die Lage in der Maschinenbauindustrie täglich mehr zuspitzt. Man rechnet damit, daß Lloyd George in der nächsten Sitzung des Parlaments die Vertrauensfrage stellen wird.

Die Vorbereitung für Genua.

Besprechungen im Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit den Vorarbeiten für die Konferenz von Genua, über die Staatssekretär Hirsch berichtete. Er erklärte, die Arbeiten der Reichsregierung seien in vollem Gange. Sie hätten jedoch zu keinem Abschluß gelangen, ehe nicht die Vertreter der verschiedenen Stände und Berufsvereine ihre Ansichten zu erkennen gegeben hätten. Er bitte daher um ein Gutachten des Reparationsausschusses über die Vorbereitungen für Genua.

Im Anschluß daran gab Geheimrat Dr. Bacher vom Reichsverband der deutschen Industrie einen eingehenden Überblick über die wirtschaftliche Lage der Industrie und ihre Verknüpfung mit der Weltwirtschaft und der staatlichen Finanzgebarung.

Die Marktentwertung habe bewirkt, daß die industriellen Betriebe ihre Betriebsmittel nicht auf der Höhe halten könnten, die für eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf die Dauer notwendig sein wird. Das notwendige Betriebskapital übersteige häufig das Anlagekapital, so daß eine schwankende Konjunktur die Unternehmen gefährde. Um den Unsicherheitsfaktor der ganzen Wirtschaft zu beseitigen, sei die Stabilisierung der Währung notwendig, die zugleich den Zwang ausübt, die Produktionsmittel auf die mögliche technische Höhe zu bringen, weil dann nur noch die Qualität einer Ware ihre Exportfähigkeit verbürgt. Weltwirtschaftlich sei es notwendig, die stark zurückgegangene Konsumtionskraft zu wecken, was nur durch die Schaffung großer Aufgaben für die Produktion geschehen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus sei der Wiederaufbau Rußlands, ferner der des Verkehrswesens sowohl in Deutschland selbst wie in Europa überhaupt zu betrachten. Der Redner gab dann einen Überblick über den Stand der Verschuldung der Ententeländer sowie Einzelheiten der wirtschaftlichen Lage Amerikas und Rußlands.

Nach längerer Erörterung, an der u. a. Stinnes, Wissell und Silberding teilnahmen, beschloß man zu den für

Deutschland wichtigen Einzelfragen Einzelgutachten durch die zuständigen Ausschüsse anzufordern.

Genua und der Versailler Vertrag.

Eine Aussprache über die Wirkung des Vertrages unvermeidlich.

Aus London wird gemeldet, daß nach englischer Auffassung die Prinzipien der Friedensverträge sich ausschließlich auf Verbündete beziehen und nicht in die Fragen einer Konferenz aufgenommen werden könnten, auf der die neutralen Mächte in der Mehrheit sich befinden. Dieser Auffassung sei England immer gewesen und die Boulogner Unterredung habe nur den Zweck gehabt, dies auch Poincaré zu beweisen, der seine Beziehungen nur deshalb heute, weil er an der Konferenz von Genua nicht teilgenommen habe.

Dagegen sei es natürlich begreiflich, daß eine Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage Europas hinsichtlich der wirtschaftlichen Wirkung dieser Verträge unvermeidlich sein wird. Aber es sei nicht ohne weiteres klar, daß die Verträge auf sich selber bestehen und daß sie eine hinreichende Maschinerie enthalten, wodurch die Mächte die Erwählung dieser Verträge auf das wünschenswerteste Maß zurückführen können, und daß England in vollkommener Uebereinstimmung mit Frankreich sich befindet, daß es nicht innerhalb der Verträge der Genuakonferenz läge, sie in irgendeinem Sinne der Kritik zu unterziehen.

In Paris behauptet man, daß das russische Eruchen um eine Frühprüfung des Termins keine Aussicht auf Erfolg habe, dagegen scheine sich das Argument, daß es ungünstig sei, die Verhandlungen in der Karwoche beginnen zu lassen, durchzusetzen. Eine Prüfung auf die Zeit nach Ostern erscheine gesichert. Als Termin wird der 25. April genannt.

Gerüchte und Tatsachen.

Brotpreiserhöhung und Getreidepreise. Von landwirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Seit einigen Tagen laufen durch die Presse beunruhigende Nachrichten über weitere Brotpreiserhöhungen. In der sozialistischen Presse wird sogar ein demnächst zu erwartender Brotpreis von 50 bis 60 M. genannt. Als Grund zu diesen Mutmaßungen, die von wüsten Preistreibern und Brotwucherern sprechen, dienen nicht einwandfrei festgestellte Meldungen, daß in Schleswig-Holstein einheimische Händler das Brotgetreide der kommenden Ernte für 1800 bis 2200 M. pro Doppelzentner aufkaufen. Die Steigerung für 50 Kilogramm Weizen zu 500 und 565 M. an der Berliner Produktenbörse werden ebenfalls damit in Zusammenhang gebracht.

Zu dieser Steigerung des Inlandspreises sei festgestellt, daß der Getreidemarkt schon seit dem letzten Drittel des Dezembers eine außerordentlich feste Haltung zeigte, die ihren Ausgang von den bekanntesten Häusern der Reichsgetreidestelle im freien Markt genommen hatte. Die sich entwickelnde Steigerung der Getreidepreise hat im Februar und ganz besonders in den letzten Tagen außerordentliche und sehr bedauerliche Fortschritte gemacht, wobei der Weizen in erster Reihe steht. Aber trotz der erheblichen Erhöhung der Weizenpreise von über 100 M. für den Zentner haben wir immerhin noch einen Unterschied zwischen deutschem und Auslandsweizen von ungefähr 2000 M. für die Tonne. Der Reichsernährungsminister Dermes hat auf eine Anfrage im Reichstag dazu Stellung genommen und ausgeführt, daß die Reichsgetreidestelle von ihm beauftragt war, Inlandsgetreide zu kaufen, daß aber bei der gestiegenen Aufnahmefähigkeit des Handels, das Ausstreuen eines starken Käufers die Notwendigkeit einer erheblichen Steigerung der freien Getreidepreise herbeiführen mußte.

Die Inlandsgetreidepreise sind in der Hauptsache der Valutaentwicklung gefolgt und nach der augenblicklichen Beruhigung bewegt sich der Getreidepreis im geringen Ausmaß um den Dollar. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Stöckung der laufenden Verforgung durch den Eisenbahnstreik zu der genannten Preiserhöhung des Weizens beigetragen

hat; der letzte und entscheidende Faktor aber, der die Heraushebung der Brotpreise notwendig gemacht hat, ist der Abbau der Reichszuschüsse, wozu wir nach Vorstellungen der Entente und nach unseren Zusagen in Genua verpflichtet sind.

Dies sind die Grundlagen für die bisherigen Brotpreiserhöhungen.

Um die Zwangsanleihe.

Beschleunigung der Steuerberatung.

In einer Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien über das Steuerprogramm wies Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der dringendsten Weise auf die unbedingte Notwendigkeit hin, in den Steuerfragen ein rasches Tempo einzuschlagen und die Vorlagen schon in den nächsten Tagen zur zweiten Lesung vor das Plenum zu bringen. Die Vertreter der Parteien haben dieser Auffassung des Reichsfinanzministers zugestimmt. Es wurde der Gedanke erwogen, zunächst die Plenarsitzung ausfallen zu lassen, damit die Steuerauschnitte in Dauerfragen die Vorbereitungen beenden können. Die Vorlagen könnten dann Ende der nächsten Woche vor das Plenum gelangen.

Selbststeinschätzung zur Zwangsanleihe. — Teileinzahlung in diesem Jahre.

Im weiteren Verlauf der Besprechung entwickelte Reichsfinanzminister Dr. Dermes einen Plan, nach dem die Zwangsanleihe noch in diesem Jahre zum großen Teil erhoben werden kann. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorschriften zur teilweise Vorausbezahlung erlassen werden. Die Einschätzung beabsichtigt man nach einer vorläufigen Selbststeinschätzung zu regeln. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehn. Für spätere Einzahlungen, etwa nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse Zuschläge geplant, also eine Mehrbelastung. Für solche Personen und Unternehmungen, deren Vermögensbestände nur schwer festzustellen sind, soll die Besteuerung zur Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer erhoben werden können. Es ist geplant, in dem Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzulegen, der nach den ersten zinsfreien drei Jahren gewährt werden soll.

Zwangsanleihe und Steuerkompromiß.

Fortsetzung der Beratungen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin die Besprechungen mit den Fraktionsführern über das Steuerkompromiß wieder aufgenommen, desgleichen haben die Beratungen im Finanzministerium mit den Sachverständigen über die Ausgestaltung der Zwangsanleihe begonnen.

Man scheint an zutüftlicher Stelle daran festzuhalten, daß als Stichtag für die Veranlagung der Vermögensstände vom 31. Dezember 1922 zu gelten hat. Da eine Sonderveranlagung infolge der Ueberlastung der Finanzämter vor dem 31. Dezember 1922 nicht möglich sein dürfte, wird die Zwangsanleihe zu zeichnen, zu einer Selbststeinschätzung zu veranlassen, um die Zwangsanleihe in kürzester Frist für die Reichskasse flüssig zu machen. Es werden auch Mittel erwogen, die einen Anreiz auf möglichst rasche und vollständige Einzahlung der Zwangsanleihe ausüben sollen. Eine endgültige Lösung all dieser Fragen wird natürlich erst der Abschluß der Sachverständigenberatungen bringen.

Sozialdemokratie und Zwangsanleihe.

Zu den Meldungen, daß die Zwangsanleihe aus technischen Gründen kaum vor Ende dieses Jahres zur Erhebung kommen wird, schreibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“, die Sozialdemokratie werde jedenfalls dahin wirken, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe zur Einhebung gelangt und daß der Rest nach Fertigstellung der Einschätzung der Vermögen einbezogen wird. Die Voraussetzungen zur Annahme des Ge-

leses über die Zwangsarbeit werde für die Sozialdemokratie sein, daß festgesetzte Termine und bestimmte Summen in Anschlag gebracht werden.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Die gesetzlichen Vorschriften, die die Regierung seinerzeit erlassen hat, um dem Wohnungsmangel wirksam entgegenzutreten, das Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 und die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918, verlieren mit dem 31. März ihre gesetzliche Kraft. Bei der gegenwärtig noch unverändert großen Wohnungsnot, auf deren Behebung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, hält es die Regierung noch nicht für gegeben, einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorzunehmen.

Die wesentlichen Bestimmungen der augenblicklich geltenden Besetze und Verordnungen werden in dem neuen Entwurf übernommen. Den Erfahrungen der Praxis entsprechend werden aber voraussichtlich auch eine Reihe von Veränderungen vorgenommen, die teilweise eine ziemlich Verschärfung gegenüber dem früheren Zustande bedeuten.

So soll in dem neuen Entwurf die Verpflichtung desjenigen, der über eine unbenutzte Wohnung verfügt, diese einem ihm von der Gemeindebehörde zugewiesenen Wohnungssuchenden zu überlassen, ausdrücklich festgelegt werden.

Ferner sollen, um nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die Raumnot zu bekämpfen, die Befugnisse der Gemeindebehörden zur Beschlagnahme von Räumen für Wohnzwecke auch auf ein Beschlagnahmerecht für gewerbliche und geschäftliche Zwecke ausgedehnt werden.

Schließlich soll das Beschwerdeverfahren völlig neu geregelt werden. Die bisherige Vorschrift, nach der die Mietseinkungssämter die letzte Beschwerdeinstanz waren, soll beseitigt und die Regelung des Beschwerdeverfahrens der obersten Landesbehörde übertragen werden, die das Verfahren in der Weise ausgestalten soll, wie es den Bedürfnissen des Landes entspricht.

Da das neue Gesetz vor dem 1. April dieses Jahres in Kraft gesetzt werden muß, werden sich die parlamentarischen Körperlichkeiten bereits in nächster Zeit damit zu befassen haben.

Peter Grupens Ende.

Selbstmord des Kleppelsdorfer Mädchensmörders.

Hirschberg, 2. März. Peter Grupen hat sich im hiesigen Gefängnis erhängt. Als um 5 Uhr nachmittags seine Zelle residiert wurde, fand ihn der Beamte an der Zentralheizung an einem Hosensträger hängend auf. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Noch um 4 Uhr war alles in der Zelle in Ordnung befunden worden und nichts deutete auf das Vorhaben Grupens hin. Er hatte das Mittagessen in völliger Ruhe verzehrt und man merkte ihm nicht die geringste Erregung an. Irrendwelche Aufzeichnungen wurden bei ihm nicht aufgefunden.

Durch den freiwilligen Tod des seltsamen Kleppelsdorfer Mörders ist nun auch der Prozeß erledigt, den die Staatsan-

waltshaft in Altona gegen Grupen wegen des rätselhaften Verschwindens seiner Frau angestrengt hatte. Obwohl ihm dieser Prozeß vielleicht eine Wiederaufnahme des Hirschberger Prozesses ermöglicht hätte, hat nun Grupen, der schon einmal einen Selbstmordversuch machte, seinem unruhigen und rätselhaften Wesen ein unerwartetes Ende gemacht.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 2. März 1922.

Der Abbau des Reichsschatzministeriums.

Zu einer Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die in der geschäftsbearbeitungsmäßigen Frist beantwortet werden soll, erklärt ein Regierungsvertreter, daß bereits Verhandlungen mit den Verbänden im Gange sind. Die im Dezember bewilligten Teuerungszuschüsse sind für März bereits verdoppelt worden.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltsplans fortgesetzt, und zwar beim Haushalts des Reichsschatzministeriums. Der Ausschuss fordert eine Denkschrift, aus der die gesamte Geschäftsbearbeitung derjenigen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen, an denen das Reich beteiligt ist und der jeweilige Stand ihrer Betriebe zu ersehen ist. Weiter wird eine Denkschrift über die Vereinfachung der Reichsverwaltung und über die Zuweisung der Aufgaben des Reichsschatzministeriums an andere Ministerien gefordert, sowie eine Denkschrift über die Verwertung des Heeres- und Marinegutes seit Beendigung des Krieges.

Dazu stellt der Sozialdemokrat Stäffgen fest, daß das Schatzministerium von Anfang an nur eine Nebengeschäftsstelle sein sollte. Man könne es aber jetzt nicht auf einmal beseitigen, wie verschiedentlich gefordert wird. Der Redner fordert mögliche Vereinfachung der Verwaltung. Er schildert dann die Zustände im besetzten Gebiet, wo die Hauptverwaltungsaufgaben des Ministeriums liegen. Die wirtschaftlichen Forderungen und Uebergriffe der Franzosen erfordern Summen, die — wie auch der nächste Redner, Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) bestätigt — in die Milliarden gehen.

Abg. Dr. Gremer (D. Vp.) tritt für vernünftige und rationelle Sparmaßnahmen und Vereinfachung der Verwaltung ein, worunter er die plötzliche unüberlegte und unsystematische Streichung des Ministeriums nicht versteht. Auch er wendet sich gegen die ungeheuren und ungerechtfertigten Belastungen. In ähnlichem Sinne spricht der Zentrumsredner Abg. Lange-Heegermann.

Reichsschatzminister Bauer erklärt, daß die Regierung, die das Interesse des Gesamtvolkcs zu vertreten hat, nicht alle Entschädigungswünsche des besetzten Gebietes erfüllen kann. Im übrigen äußert er sich zu vorgebrachten Einzelwünschen.

Der Minister wendet sich zum Schluß gegen eine Auflösung seines Ministeriums, die wegen der Ueberlastung der übrigen Ministerien unmöglich sei.

Der Demokrat Gothein tritt gleichfalls für energische, systematische Sparmaßnahmen ein.

— Berlin, 3. März 1922.

Annahme des Reichsmietengesetzes auf 4 Jahre.

Zunächst — wie üblich am Freitag — eine Reihe kleiner Anträge. Dann folgt die mit großer Spannung erwartete letzte Lesung des Reichsmietengesetzes.

In der Einzelabstimmung werden die §§ 1—9 gegen die Rechtsparteien, § 10 auch gegen das Zentrum angenommen. Bei dem wichtigen § 16, der die Mietervertretung festlegt, wird auf Antrag des Zentrums, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, aus der Zwangsformel eine Sollformel gemacht. Das Gesetz tritt an dem von der obersten Landesbehörde bestimmten Tage, spätestens am 1. Juli 1922, in Kraft.

Angenommen wird ein Antrag, wonach seine Geltung am 1. Juli 1920 außer Kraft treten soll.

Dann gibt der Kommunist Bendemann seine Erklärung gegen die „Hausararier“ ab, sagt aber, daß seine Partei dem Gesetz trotz aller seiner Halbsheiten zustimmen werde. Der Abg. Benhien (D. Vp.) gibt namens seiner Fraktion eine scharfe Erklärung gegen das Gesetz ab.

Auch der Unabhängige Ruhn ist für das Gesetz trotz der plötzlich beschlossenen Verzögerung.

Das Gesetz wird schließlich mit 202 Stimmen der gesamten sozialistischen Linken und einer Anzahl Demokraten gegen 168 Stimmen der Rechten, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten angenommen.

Nachdem man dann noch den kommunistischen Antrag auf Rückforderung des ausgelieferten spanischen Ministermörders abgelehnt hat, wendet man sich wieder dem Etat des Reichsschatzministeriums zu.

Die Ausschüsseanträge auf Vorlegung von Denkschriften über die Vereinfachung der Verwaltung wurden angenommen. Der deutschnationalen Antrag auf Auflösung des Reichsschatzministeriums am 1. April 1922 wurde abgelehnt.

Der deutschnationalen Abg. Dr. Wienbeck wendet sich gegen die Konkurrenz, die die „Deutschen Werke“ dem Handwerk machen, und wünscht deren allmählichen Abbau. Der Sozialdemokrat Stäffgen tritt ihm entgegen, ebenso meint auch Reichsschatzminister Bauer, daß die „Deutschen Werke“ dem Handwerk keine Konkurrenz machen.

Schließlich wird der Etat des Reichsschatzministeriums bewilligt und man wendet sich dem Wiederaufbauministerium zu. Hierbei verlangen sowohl der Sozialdemokrat Niedmiller als auch der Volksparteiler Dank Bescheinigung der Auszahlung der Entschädigungen für die Kolonial- und Auslandsdeutschen. Ein Regierungsvertreter sagt dies zu.

— Berlin, 4. März 1922.

Eine Anzahl von Anträgen auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten werden abgelehnt, das Gesetz zur Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien wird in allen drei Lesungen angenommen.

Dann legt bei der Fortsetzung der Staatsberatung des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller die Aufgaben des Ministeriums dar. Diese seien: Durchführung der Reparationsleistungen, Zurückführung von Maschinen, Entsendung von Material und Arbeitskräften in das zerstörte Gebiet, ferner Beförderung des deutschen Kriegsmaterials; dazu kommen die Entschädigungen und das Ausgleichsverfahren, die Durchführung des Friedensvertrages auf dem Gebiet der See- und Binnenschifffahrt und der Fischerei und die Abwicklung der alten Kolonialverwaltung.

Für die Auslandsdeutschen könne die Regierung nicht mehr tun, als in ihren Kräften liegt. Von einer Verschleppung der Abwicklung der Kolonialverwaltung könne keine Rede sein.

Zur Durchführung der Sachleistungen in den Aufbaubarbeiten wolle die Reichsregierung alles getan. Die Handwerker werde in nächster Zeit zu den Sachleistungen voraussichtlich in erhöhtem Maße herangezogen werden. Wir waren stets für eine weitgehende Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, haben aber dabei bisher bei den Franzosen keine Gegenliebe gefunden.

Der Demokrat Haas forderte bessere und schnellere Entschädigung der durch den Krieg Beschädigten und stellt zu dieser Frage Einzelorderungen.

Abg. Dr. Pfeißner (Ztr.) billigt die Erklärung des Staatssekretärs und fordert Befestigung des Ministeriums. Er bringt die Entschädigungswünsche der Deutschen in Polen und der aus Polen verdrängten Deutschen vor.

Abg. Ernst (U. S.) meint, daß man ersprachliche Arbeit beim Wiederaufbau nur leisten würde, wenn man nach den Richtlinien der Gewerkschaften arbeiten würde. Der rheinische Hospitant der Bayerischen Volkspartei Dr. Deermann fordert bessere Entschädigung der Auslandsdeutschen und tritt für den freien Verkehr bei Auszahlung der Sachleistungen ein.

Abg. Laverenz (Dnat.) erinnert an unsere verlorenen Kolonien und schildert die Not der dort verbliebenen Deutschen.

Nach kurzer Einzeldebatte ist der Etat des Wiederaufbauministeriums erledigt. Dann schlägt der Präsident vor, die nächste Sitzung auf Donnerstag festzusetzen. Da die deutschnationalen widersprechen, setzte sich der Reichskanzler persönlich für den Vorschlag ein. Damit endlich die zweite Beratung des Steuerkompromisses begonnen werden kann. Das Haus beschließt dem entsprechend.

Deutsches Reich.

Die Vorbildung der Reichswehrsoldaten. Nach Mitteilungen, die im Reichstagsauschuss bei der Beratung des Reichswehrretais gemacht wurden, hatten von den Reichswehr-Untersoldaten und Mannschaften, die am bürgerlichen Unterricht teilnahmen, 714 das Abiturientenzeugnis (darunter alle Offiziersanwärter). Obersekundareife hatten 287, vier Jahre haben eine höhere Schule besucht 2973, eine sieben- bis achtklassige Volksschule ohne Fortbildung 15 555, eine fünf- bis sechsklassige Volksschule 10 380, eine ein- bis zweiklassige Volksschule 7067. Der Verus der am bürgerlichen Unterricht teilnehmenden Soldaten war folgender: Handwerker 11 855, Kaufleute 2627, zehnjährige Arbeiter 3735, ungelernete Arbeiter 6303, Handarbeiter 5929. Zurzeit nehmen teil: An dem allgemeinen Unterricht (viertes bis sechstes Dienstjahr): 24 283, am allgemeinen Beamtenunterricht 15 544, am gewerblich-technisch-handwerklichen Unterricht 1905, am landwirtschaftlichen Unterricht 944, im ganzen 42 726. Die übrigen Leute gehören den drei ersten Jahrgängen an, sind also vom bürgerlichen Unterricht noch befreit.

Sozialdemokratische Forderungen gegen die Brotpreiserhöhung. Die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion ist beim Reichskanzler Dr. Brüch wegen der sehr beunruhigenden neuen Preissteigerung beim Brotgetreide vorstellig geworden. Sie verlangt von der Regierung sofort durchgreifende Maßnahmen und fordert, die Brotversorgung der minderbemittelten Volkskreise zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzustellen.

Ein Bischof Kattowitz? Der polnische Oberste Volksrat sah in einer Sitzung in Kattowitz einstimmig eine Entschädigung, sich mit der Bitte an den apostolischen Stuhl zu wenden wegen Absonderung der ober-schlesischen Synodalität von der Breslauer Diözese und der Errichtung einer selbständigen ober-schlesischen Diözese, ferner nach Möglichkeit zur Tilgung der Kosten zur Bildung und zum Unterhalt der ober-schlesischen Diözese beizutragen. Der Breslauer Fürstbischof hat zu diesen Bestrebungen offiziell noch nicht Stellung genommen.

Der Steueranteil der Länder und Gemeinden. Die dringende notwendig gewordene Neuregelung des Landessteuergesetzes soll durch eine Novelle zu diesem Gesetz erfolgen, die dieser Tage dem Reichstag zugegangen ist. Der Entwurf bringt eine Erweiterung der Steuerrechte der Länder und der Gemeinden, und zwar u. a. Vorschriften über die Erhebung einer Fahrzeugsteuer und einer Getränkesteuer. Die Länder und Gemeinden erhalten von der Einkommensteuer zwei Drittel des Ertrages, ebensoviel aus der Körperschaftsteuer, 10 Prozent der Umsatzsteuer, 30 Prozent der Grundbesitzsteuer und je ein halb Prozent der Vermögens-, Kraftfahrzeug- und Gewerbesteuer.

Rivalinnen.

Novelle von Rudolph Eicho.

3) Nachdruck verboten.

Sie standen sich von Angesicht zu Angesicht vor dem Klingelzug gegenüber und ein jeder glaubte dem andern bis auf den Grund der Seele blicken zu können. Ihm, der sich noch unter dem Hauber seiner ersten Ueberraschung befand, erschien sie wie die verkörperte Großmut und Berechtigung, und ihr war es, als lebe der Frühling ihres Lebens noch einmal zurück, da sie ihm in die stolzen und ernsten Züge blickte. Die letzten zehn Jahre eines toten Daseins schienen vergeffen, hatte sie doch seit der Zeit zum ersten Male wieder einen Menschen gefunden, der sie verstand.

Der Impuls des gegenseitigen Mißgeföhls hatte in beiden die Empfindung erweckt, als seien sie schon seit Jahren mit einander bekannt, ohne daß der Beigeschmack des Neuen verringert ward. Er hatte noch nicht jenes Alter erreicht, wo der Mann blind ist für die Schönheit und den Hauber des Hochalters, wo er das schlichteste Geplauder eines Mädchens der Schmeichelei und Liebenswürdigkeit vorzieht, die ein Weib entweder nicht zu gebrauchen versteht oder magt, bis es nicht mehr scheu oder kein Mädchen mehr ist. Der Unterschied im Alter zwischen beiden mußte mindestens acht Jahre betragen, aber die Ruhe des Alters war nicht das Einzige, worin ihr Vorteil ihm gegenüber lag.

In Nataliens Wesen lag nicht die geringste Roteretterie gegen Hans; aber die Liebende Würde einer Witwe vermochte doch nicht das Faktum zu verbergen, daß sie ebensoviele über des alten Bitters Hinscheiden betraubi war, wie über die

Ankunft von Hans. Sie hätte ja im hohen Grade der Täuschung fähig sein müssen, wenn sie imstande gewesen wäre, großen Schmerz zur Schau zu tragen, sie hätte kaum so tiefe Trauer angelegt, um den Nachbarn und Klatschbasen in der Umgebung gerecht zu werden.

Mit all seinem Scharfsinn konnte Hans doch eigentlich noch nicht begreifen, wie es kam, daß das schöne Weib vor ihm sich während ihrer Ehe wie eine lebendig Begrabene vorlam, daß ihr junger Witwenstand ihr wie eine Klage zum Leben erscheinen konnte.

Sie hatten sich wieder gesetzt, und im Laufe der weiteren Unterhaltung gerieten beide langsam von Fallers Hof auf ihre Ansichten, von ihren Ansichten auf ihre Gedanken, von ihren Gedanken auf ihre Empfindungen und von ihren Empfindungen auf ihre Person.

„Es erscheint mir so sonderbar,“ sagte Natalie schließlich, „daß ich so offenherzig mit Ihnen — ich meine, mit irgend jemand — spreche, denn seit — seit meinem Hochzeitsstage sind nicht viele Worte über meine Lippen gekommen. Was denken Sie von mir? Ich will es Ihnen sagen: daß ich alles war, nur keine gute Frau? Ich fürchte, Sie dürften darin recht haben.“

„Darf ich Ihnen ehrlich sagen, welches eben meine Bedanken waren?“

„Warum nicht? Es ist ja so angenehm, überhaupt Gedanken zu hören, selbst wenn sie für den Betreffenden nicht schmeichelhafter Natur sind. Nun?“

„Ich heiratete ihn um seines Geldes willen. — Werden Sie verzeihen, wenn ich meine Stieferei ein wenig zur Hand nehme? Ja, diese Tatsache lastete schwer auf uns und am meisten auf ihm, dem Manne; aber es ist ein Trost, daß ich schwerer dafür zu büßen hatte.“

Diese offene Mitteilung und die Art und Weise, mit welcher sie dieselbe vorbrachte, hatte Hans so wenig erwartet, daß er im ersten Augenblick keine Worte der Entgegnung fand, sondern sich damit begnügte, sie ernst und fragend anzusehen.

„Ach, ich sehe, was Sie nach meinem offenen Bekenntnis von mir denken,“ sagte Natalie nach einer minutenlangen Pause, „und ich kann Ihnen nur bestimmen. Ich habe auch nur eine Entschuldigung dafür: wenn ich Herrn Fallers nicht liebte“ — es erschien Hans, als ließe bei den letzten Worten ein leiser Schauer durch den Körper der Sprechenden — „so liebte ich doch andere. Ich hatte gleich Ihnen einen Vater, eine Mutter, einen Bruder und Schwestern, für die ich arbeiten mußte. Mein Bruder war ein Maler — Sie hielt ich auch zuerst für einen — und er hatte mit seinen Bildern noch weniger Glück, wie Ihr Vater mit seiner Maschine. Eine meiner Schwestern war an einen armen Beamten verheiratet mit zwei Kindern und schmalen Gehalt; die andere war gleich mir Gouvernante, aber schwächlich und zart, ohne meine kräftige Konstitution; meine Mutter sollte auf Anraten der Ärzte nach Italien geschickt werden, es fehlte jedoch das Geld dazu; mein Vater war blind. Ich mußte für alle sorgen, und ich brachte es auch fertig, obgleich ich heute noch nicht weiß, wie es möglich war, es müßte denn sein, daß meine Liebe die Kraft hätte, die Gerechtigkeit belebte. Und dabei war ich ein

junges eitles Mädchen, das sich auch wie andere gern hüßlich geliebt, das auch gern etwas vom Leben gehabt hätte. Meine Herrschaft war mir sehr zugetan und darum gütig gegen mich; der Mann war rotar, und eines Tages brachte er einen Klienten aus der Provinz mit zu Tisch.“

„Herrn Pitter Fallers?“ fiel Hans ein.

„Ja, Herrn Pitter Fallers. Damals galt ich für ein hüßliches Mädchen, und unser Gast setzte es sich in den Kopf, sich in mich zu verlieben — auf seine Art — ich glaube, ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen, daß sie sehr verschieden war von dem, was ein junges Mädchen unter Liebe versteht. Können Sie sich denken, können Sie sich nur einen Begriff davon machen, was es mich kostete und wie sehr ich erst an das Glend meiner Lieben daheim denken mußte, ehe ich mich dazu entschließen konnte, Herrn Fallers zu seiner Werbung zu ermuntern? Nein, Sie können sich keine Vorstellung von meinem Kampf machen — und doch habe ich den Schritt getan; es war kein Traum — es war Wirklichkeit. Und das Schrecklichste dabei ist, daß ich es war, die ihn heiratete. Hätte ich ihn nicht ermuntert, er würde nie den Mut gehabt haben, um meine Hand anzuhalten. Nein, ich darf nicht daran denken — das Ganze ist zu entsetzlich.“

„Ja Wahrheit überließ es Hans auch, wenn er daran dachte, was es für ein einigermassen zartbehaartes Wesen zu bedeuten hatte, an einen Mann gekettet zu sein, wie sein Onkel der Beschreibung seines Vaters nach gewesen war. Er hätte sie fast hassen können für den entwürdigenden Schritt, den sie getan, wenn das Mitleid nicht zu stark in ihm gewesen wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

ungsteuer. Der gesamte Anteil aus diesen Steuern für Länder und Gemeinden beläuft sich auf rund 2,5 Milliarden Mark. Länder und Gemeinden erhalten ferner das Recht, zur Grunderwerbsteuer Zuschläge zu erheben. Außerdem sollen die Gemeinden einen höheren Anteil an dem Ertrag der Umsatzsteuer erhalten und außerdem zu ihr Zuschläge erheben dürfen. Der Ertrag der neu eingeführten Einkommensteuer wird auf 600 Millionen Mark veranschlagt.

Ausland.

Ungarn.

Der Kaiser hat insofern einmütiger Ablehnung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten die Festsetzung einer Spanne für Karl von Habsburg abgelehnt. Die Pariser Zeitung „Gaulois“ nimmt sich der finanziellen Lage des Kaisers an und weist die Alliierten darauf hin, daß infolge dieser Ablehnung der Kaiser, der Kaiserin und seine Frau in Mähara in der größten Not leben müßten. Sie könnten nicht einmal die Wohnungsmiete aufbringen. Es müsse sofort eine Änderung dieses Zustandes herbeigeführt werden.

Italien.

Amerikanisch-italienische Pläne für Rußland. Die italienische Zeitung „Tribuna“ teilt Einzelheiten über einen amerikanischen-italienischen Plan für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs und der industriellen Ausbeutung Rußlands mit. Danach beschließen die Vereinigten Staaten vor allem die sofortige Unterbrechung der hunderttausend Bewässerung Rußlands, die Reorganisation der Arbeiten, der Produktion durch Neuordnung des Verkehrs, Wiederinbetriebsetzung der Fabriken, Wiederherstellung des Warenaustausches mit dem Ausland. Zur Basis ihrer Tätigkeit würden die Amerikaner das Schwarze Meer machen, von dessen Häfen sie geordnete Verbindungen mit Kiew, Moskau, Samara, Saratow, Kajan und Jmbirsk herstellen würden. Der Plan sieht die Wiederaufnahme des Betriebes in den Anlagen des Donez- und des Dongebietes vor. Italien könnte sich an der Aktion der Vereinigten Staaten durch Lieferung von Textilwaren, Bekleidungsgegenständen, Automobilen sowie von Lebensmitteln beteiligen. Ferner könnte Italien Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Als Stützpunkte des amerikanisch-italienischen Verkehrs mit Rußland kämen Neapel und Genua in Betracht.

Sämtliche baltischen Staaten haben sich entschlossen, sich auf der Konferenz von Genua gemeinsam vertreten zu lassen und ihre Neutralisierung zu fordern.

An Stelle des zurückgetretenen Abg. de Cezaro wurde der Abg. Kulci zum italienischen Postminister ernannt.

Schiffserbin wendet sich in einer Rundnote gegen die bolschewistische Auslandspropaganda, die die Arbeit der russischen Diplomatie erschwere.

Sarwat Pascha hat die ihm von den Engländern angebotene Bildung des ägyptischen Kabinetts übernommen.

Der amerikanische Senat genehmigte den Vertrag über die Insel Yap.

Nach Anerkennung der englischen Regierung im Unterhause belaufen sich die von Großbritannien seit dem Waffenstillstand an Österreich gewährten Gelder auf rund 12 Millionen Pfund.

In Preßburg begann eine Konferenz zwischen dem tschechischen und dem südslawischen Außenminister zum Zweck der Herstellung einer einheitlichen Plattform beider Staaten auf der Genuefer Konferenz.

Der bayerische Gesandte ist vom Papst empfangen worden.

Der englische König und die Königin haben am 28. Februar d. J. eine Dankesbotschaft für die zahlreichen guten Wünsche anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Mary an die Nation ausgesprochen.

Am 26. Februar erfolgte in Teheran der Austausch der Ratifikationsurkunden über den russisch-persischen Vertrag.

Drei Franzosen in Marokko ermordet.

Paris, 5. März. Aus Tanger wird gemeldet, daß drei französische Offiziere, die sich mit einem Kavalleriedetachement von Eingeborenen auf Patrouille befanden, in einen Hinterhalt gerieten und getötet wurden.

Abberufung Harveys?

Paris, 5. März. Der „Humanité“ wird aus London berichtet, Präsident Harding habe sich entschlossen, den amerikanischen Botschafter in London, Harvey, abzuberufen.

1 Goldruble gleich 200 000 Sowjetrubel.

Moskau, 5. März. Das Volkswirtschaftsministerium hat den Kurs des Vorkriegsgoldrubels für den Monat März auf 200 000 Sowjetrubel festgesetzt.

Balfour Ritter des Hosenbandordens.

London, 5. März. Der König hat dem Führer der britischen Abordnung auf der Washingtoner Konferenz Arthur James Balfour die Ritterwürde und den Hosenbandorden verliehen.

Was haben die Verbraucher von der Zwangsumlage.

Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft war bei Beratung des Nachtrags Etats nicht in der Lage eine ganz bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob die kommende Ernte von der Zwangsumlage gänzlich befreit werden könnte. Im Juni v. J. hat der Minister bei der Beratung der Zwangsumlage erklärt: „Nur noch einmal müsse sich die Landwirtschaft mit dieser Art Zwangsumlage abfinden.“ Mithin war die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit der Hoffnung, endlich von den letzten der Zwangsumlage befreit zu werden. Es scheint aber, als ob aus den Verbraucherkreisen immer noch Propaganda gemacht würde, die Zwangsumlage für Brotgetreide in Gestalt der Getreideumlage weiter zu führen. Die Verbraucherkreise, oder wenigstens ein erheblicher Teil derselben, scheint noch in dem Irrwahn zu leben, daß die Fortführung der Zwangsumlage eine billigere Lebenshaltung garantiert hätte. Dabei wird aber ganz vergessen, welchen großen Apparat die gesamte Zwangsumlage darstellte und welche Ueberzahl von Beamten und Hilfskräften von der Zwangsumlage beschäftigt worden. Trotzdem der Landwirtschaft die lächerlichsten Preise gezahlt wurden, wurde den Verbrauchern die Lebenshaltung in keiner Weise verbilligt, denn die Lohn- und Gehaltssteigerungen des letzten Jahres haben so verteuern gewirkt, daß die dem Landwirt für Schumpreise abgenommenen Lebensmittel doch schließlich zu Weltmarktpreisen in die Hände der Verbraucher gekommen sind. Als Beweis unterbreite ich der Öffentlichkeit folgende Aufrechnung:

Laut Verordnung vom 21. Juni 1921 waren für die Zwangsumlage folgende Preise festgesetzt: Für Roggen pro Ztr. 105 Mk., für Weizen pro Ztr. 115 Mk. Nach der Ablieferungstatistik sind in der Gesamtmenge abgeliefert ein Drittel Weizen und zwei Drittel Roggen. Mithin sind in jedem Doppelzentner Umlagegetreide enthalten: 66 Pfund Weizen pro Ztr. 115 Mk. und 134 Pfund Roggen pro Ztr. 105 Mk., mithin kostet der Doppelzentner Umlagegetreide 216 Mark und 60 Pfg. Aus diesem Doppelzentner Umlagegetreide werden nach der Ausmahlungsvorschrift 84 Prozent backfähiges Mehl entnommen, sodas jeder Doppelzentner Umlagegetreide 168 Pfd. Mehl ergibt. Der von der Reichsgetreidestelle festgesetzte Mehlpreis beträgt pro Doppelzentner 739 Mk. Mithin kosten die 168 Pfund Mehl 620,76 Mk., sodas zwischen dem Umlagegetreidepreis und dem Mehlpreis der Reichsgetreidestelle eine Differenz von 404,16 Mk. bei 168 Pfd. Mehl entsteht. Hier von erhalten die Kommunalverbände für Erfassung, Lagerung, Verfeinerung und Bewirtschaftung des Umlagegetreides 13 Mk. pro Doppelzentner. Es bleibt also ein erheblicher Differenzbetrag über den der Verbraucher noch keinerlei Aufklärung hat. In dieser Aufrechnung ist noch nicht mit eingerechnet der Verdienst der an dem Verkauf von 24 Pfd. Umlagegetreide erzielt wird. Die Landwirte sind überzeugt, daß das Opfer, das die Landwirtschaft in der Zwangsumlage den Verbraucherkreisen gebracht hat, zu einem ganz bescheidenen Teil nur verbilligen auf den Brotpreis wirkt. Gegenüber Oktober-Novemberpreisen bedeutet die Zwangsumlage für die Landwirtschaft ein Opfer von 12 Milliarden Mark. Der Zwangsumlageapparat hat dieses Opfer zum erheblichen Teil durch seine teuren Verwaltungskosten in seiner Wirkung herab gemindert. Die Landwirtschaft verlangt auf Grund dieser Erfahrung, nicht aus Profitgier, sondern aus Gerechtigkeitsgründen die restlose Beilegung der Zwangsumlage, dann wird der große Kreis der Verbraucher sich auch wieder zu einem ehrlichen und aufrichtigen Produktenerwerb durchzuringen in der Lage sein.

Lind, Landwirt, M. d. R.

Heimatisches.

Nastätten, 6. März 1922.

Standesamtsmitteilung für die Zeit vom 1. bis 28. Februar 1922. Geburten: 5. — Heiraten: 1; Schneider Hermann Herz aus Carlstedt und Frieda Strauß aus Nastätten am 17. Februar. — Sterbefälle: 3; 1. Anna Maria Katharina Förster geb. Bauer, 70 Jahre alt, gestorben am 2. Februar; 2. Wilhelmine Henriette Gasteyer geb. Meister, 33 Jahre alt, gestorben am 8. Februar; 3. Schuhmacher David Christian Gille, 71 Jahre alt, gestorben am 15. Februar.

Der hiesige Krieger- und Militärverein „Einheit“ beschloß in seiner gestrigen Generalversammlung, welche sehr gut besucht war, in Zukunft bei Beerdigung von Mitgliedern Krankspenden in Wegfall zu bringen und an deren Stelle die Nastätener Kapelle in Anspruch zu nehmen. Auch wurde beschlossen, zu dem im Sommer vom hiesigen Gefangenenverein „Concordia“ geplanten Gefangenenfest den Verein unterstützend einen Preis zu stiften. Damit die Kasse nicht in Anspruch genommen zu werden braucht, soll der zu letzterem nötige Betrag durch eine Sammlung unter den Mitgliedern aufgebracht werden.

Zubelfeier. Am 24., 25., und 26. Juni ds. J. feiert der hiesige Männergesangverein „Concordia“ sein 80jähriges Bestehen. Aus Anlaß dieser Feier wird der Verein beauftragt einen großen nationalen Gefangenenfest zu veranstalten. Zu diesem Zwecke fand gestern Mittag der festgesetzte Delegiertentag im „Hotel Guntrum“ statt. 33 Vereine hatten Vertreter dazu entsandt. Die jeweiligen Klassen wurden

in reger Diskussion eingehend besprochen und festgelegt. (Ueber die sich beteiligenden Vereine werden wir demnächst die Namen in der Klassenfolge veröffentlichen.) Weit über 1000 Sängern werden im friedlichen Wettstreit um das deutsche Lied zusammentreten. Der festgebende Verein wird alles daran setzen, den gemeldeten Sängern an diesen Tagen recht frohe und gemütliche Stunden zu bereiten.

Das Wohlthatigkeitskonzert am gestrigen Abend im Kaiser-Wilhelm-Haus nahm einen würdigen Verlauf. Die Künstlergalerie, Frau Studienrat Döhring-Frankfurt (Alt), Herr Konzertführer Lamb-Frankfurt (Tenor), Herr Pfarrer Pfeifer-Diesfeldt (Violine), Herr Lehrer Kimpel-Welterod und Herr Kopp-Herborn (Harmonium), war ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen. Die in einstündiger, fast pausenloser Folge zu Gehör gebrachten Vorträge bewiesen eine feinsinnige Stimmenbegabung und eine spielende Beherrschung der Instrumente. Die präzisesten Leistungen fanden lebhafteste Anerkennung.

Kreisverband für Handwerk und Gewerbe. Der Geschäftsführer hält am Sonntag, den 12. ds. Mts., vormittags 10 Uhr bei E. Rück „Zur schönen Aussicht“ Sprechstunde für die Mitglieder ab zwecks Beratung, besonders in Steuerfragen. Die Verbandsmitglieder (Gewerbevereins- und Innungsmitglieder) werden ersucht, von der neu bestehenden kostenlosen Einrichtung regen Gebrauch zu machen.

Holzhausen, 6. März. Der hiesige Postverwalter, Herr Wilhelm Kaiser, bestand vor einigen Wochen seine Prüfung als Postmeister mit dem Prädikat „Gut“. Sowohl die hiesige Einwohnerschaft, als auch die der gesamten Umgebung, denen er während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit in allen Fällen stets eine helfende Hand war, und auch jetzt noch ist, können ihn hierzu nur aus ganzem Herzen dankbar beglückwünschen!

Holzhausen, 6. März. Der erste, von dem hiesigen Evang. Kirchenchor gestern abend veranstaltete Unterhaltungsabend, nahm bei sehr starkem Besuche einen alle Erwartungen weit aus überragenden glanzvollen Verlauf. Sämtliche Teile des so überaus reichhaltigen Programms erzielten, sowohl durch die vorzüglich unübertreffliche Leitung seitens des Dirigenten, Herrn Lehrer Lenz, als auch durch das flotte und sichere Einzel- und Zusammenspiel aller Beteiligten einen durchschlagenden Erfolg. Wunderbar waren mehrere Märgen-Gruppenbilder mit bengalischer Beleuchtung, humorvoll-erheitend einige der feier eingeschlossenen Aufführungen der Schulkinder. Auch die Leistungen des Vereins auf gesanglichem Gebiete waren meisterhaft.

Lorch, 5. März. Gemeindefürster Julius Elzner von hier konnte in den letzten Tagen bereits sein 100. Wildschwein erlegen.

Eltsville, 4. März. Hier starb im Alter von 52 Jahren als Opfer seines Berufes der praktische Arzt Dr. Anton Liebig.

spd. Wiesbaden, 5. März. Bis zum 21. März ist hier für alle Lokale die Abhaltung von Tanzveranstaltungen verboten worden. Auch die Tanztees und Gesellschaftsabende der Kurverwaltung müssen ausfallen.

spd. Frankfurt, 5. März. Die 27jährige unverheiratete Elise Groß wurde am Samstag früh in ihrer Wohnung, Friedensstraße 9, durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Es liegt Freitod vor. Die evangelischen Gemeinden Groß-Frankfurts feierten heute in der Katharinenkirche das 400 jährige Reformationsjubiläum Frankfurt durch Festgottesdienst und einer Nachfeier. Am 5. März 1522 wurde zum erstenmale in der Katharinenkirche zu Frankfurt evangelischer Gottesdienst abgehalten.

Diez, 3. März. Zu einer Konferenz waren gestern im Kreisbause hier eine größere Anzahl von Landräten des Regierungsbezirks Wiesbaden versammelt.

Weglar, 6. März. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Weglarer Metallindustrie haben den Schiedspruch über die neue Lohnregelung angenommen.

Von der Lahn, 4. März. Eltern, die ihre Kinder verhungern lassen, sind die Eheleute K. von Ibenstadt, deren acht Monate altes Kind unter verdächtigen Umständen starb. Die Sektion der Leiche ergab, daß das Kind als Folge unzureichender Ernährung buchstäblich verhungert war. Das Schöffengericht hatte den Vater zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die Mutter freigesprochen. Von der Strafkammer Siegen wurden dem Vater, der geistig minderwertig ist, mildernde Umstände zugestanden und die Strafe auf sechs Monate Gefängnis herabgesetzt, doch wurde auch die Mutter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Oberdambruch in Schlesien. Wie aus Breslau berichtet wird, ist der Eisgang auf der Oder für die ganze Niederung bedrohlich geworden. Der Oberdam ist in Tressen im Breslauer Kreise in einer Breite von 6 Metern gebrochen. Tressen ist völlig überschwemmt. Bis auf 20 Meter erweiterte sich der Deichbruch. Die Bewohner des Dorfes hausen in Dachkammern und auf den Dächern und sind zum Teil auf Klauen in die anderen Ortsteile der Umgebung übergesiedelt. Im Wasser ist viel Vieh umgekommen, doch sind glücklicherweise Menschenleben nicht zu beklagen. Es ist ein erheblicher Schaden ent-

standen, da die Häuser zum großen Teil verschlammmt sind. Der Dambruch ist dadurch entstanden, daß sich unterhalb Tressen eine schwere Eisversehung gebildet hatte, die gesprengt worden ist, so daß das Eis abschwamm. Bei Breslau steht das Eis aber noch. Es schwimmt nun auf dem Umwege über die alte Oder ab.

Für 800 000 M. gefälschte holländische Banknoten vertrieben. Der Banknoten-fälscher Treter in München, der bekanntlich holländische Guldencheine gefälscht und verbreitet hat, legte ein umfangreiches Geständnis ab. Bis jetzt sind von ihm für 800 000 M. gefälschte holländische Banknoten in Umlauf gesetzt worden. Im zweiten Stock seiner Villa in Fürstentfeld-Bruck wurde eine vollständige, mit allen modernen Apparaten ausgestattete Fälschmünzwerkstätte vorgefunden, die zu Münzfälschungen größter Stills bestimmt war.

Jagd nach einem Millionenchwindler. Nach einer langen vergeblichen Jagd durch ganz Europa gelang es, in Hamburg den Griechen Stamati Vitiis zu verhaften, der einen anderen Griechen unter dem Borgeben, daß er Schiffszwecker sei und dem Landmann Schiffsaktien verkaufen könne, in London um rund 12 Millionen Mark betrogen hat. Das war im Jahre 1919. Seitdem war man dem Betrüger stets auf der Spur, aber erst in Hamburg, von wo er nach Amerika flüchten wollte, konnte seine Festnahme erfolgen. In seinem Besitz waren noch 95 000 Mark; wahrscheinlich hält er jedoch noch größere Summen verborgen.

Die Garde kommt nach Perleberg. Potsdam ist nicht mehr Gardestadt. Die Garde zieht ab. Benigstens die Formationen, die von der ehemals 1. Truppe abriggelierten sind: 2 Eskadrons, die sogenannten Traditions-Eskadrons. Beide, die der Gardefürstiere und die der 2. Gardeulanen (Reiterregiment 4) werden nach Perleberg verlegt.

Nächtlicher Überfall auf ein Bauerngehöft. In Deutsch-Würbis verlangten in der vergangenen Nacht drei Männer auf einem Bauerngehöft Einlaß. Als ihnen nicht geöffnet wurde, feuerten sie fünf Schüsse durch die Tür des Wohnhauses. Ein Sohn des Bauers wurde tödlich getroffen, drei andere Familienmitglieder wurden schwer verletzt. Darauf entflohen die Verbrecher. Die Kriminalpolizei hat bereits eine der Tat verdächtige Person verhaftet.

Ueberschwemmung im Breisgau. Der im Gebiet des Beldens liegende Nonnenmatweier ist infolge des starken Wasserdrucks als eine Folge der Schneeschmelze ausgebrochen. Ungeheure Wassermengen bedrohen das Elektrizitätswerk Eumberg, das bisher aber noch gehalten werden konnte. Das Dorf Burchau hat schweren Schaden gelitten, ebenso das Baumwerk bei Burchau. Große Mengen Baumstämme wurden zu Tal gerissen. Zahlreiche Brücken und Stage wurden zerstört. — Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt geworden.

Selbst gerichtet. Der zum zweiten Male unter dem Verdacht des Mordes an seinem Sohn und seiner Schwägerntochter verhaftete Hofbesitzer David Meßnerburger aus Platenhof, Kreis Stadt Danzig, hat sich in seiner Gefängniszelle erhängt. Die Ermordung des jungen Reiterpaares Hans Meßnerburger erreichte im November v. J. ungeheures Aufsehen.

Glänzender Erfolg deutscher Ingenieure. In dem internationalen Wettbewerb für die Hafenerweiterung von Treleborg (Schweden) wurde der Erste Preis der Siemens-Bauunion und deren Mitarbeiter, den Professoren Franzius und Blum von der Technischen Hochschule Hannover zuerkannt.

Sommerzeit in Frankreich. Die französische Regierung beschloß, die Sommerzeit in der Nacht zum 26. März einzuführen. Im Saargebiet und auf den Bahnen des besetzten Gebietes wird die westeuropäische Sommerzeit ebenfalls in der Nacht vom 26. auf den 28. März einageführt.

Die Hasenarbeiter in Stettin sind in den Streik getreten, weil die verlangte 50prozentige Lohnerhöhung von den Arbeitgebern abgelehnt wurde.

Der französische Dramatiker Henry Bataille ist gestorben.

Handel und Verkehr.

Die Kölner Messe gesichert. Das Kölner Stadiparlament hat jetzt die Errichtung der Ausstellungs- und Messegebäude beschlossen. Somit ist die Kölner Messe gesichert. Es wurden 152 Millionen Mark bewilligt. Die Verzinsung und Tilgung dieser Summe wird einen jährlichen Aufwand von 9-12 Millionen erfordern. Die Bauzeit ist auf 12 Monate bemessen, so daß die Messegebäude im Frühjahr 1923 unter Dach und Fach sein werden. Die Messe soll jährlich zweimal stattfinden.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	4.3.	3.3.	1914
100 holl. Gulden	5540	5640	107,— M.
100 belg. Franken	2172	2187	80,— „
100 dänische Kronen	5334	5345	112,— „
100 schwed. Kronen	6653	6693	112,— „
100 ital. Lire	1356	1663	80,— „
1 engl. Pfund	1113	1113	20,— „
1 Dollar	251	251	4,20 „
100 franz. Franken	2293	2330	80,— „
100 schweiz. Franken	4960	4970	80,— „
100 tschech. Kronen	410	408	— „

